

Pressemitteilung

Synode wendet sich gegen weniger Geld für Kirchengemeinden

Keine zustimmende Kenntnisnahme für die mittelfristige Finanzplanung des Oberkirchenrates

Stuttgart. Die Landessynode der evangelischen Landeskirche Württemberg nimmt die mittelfristige Finanzplanung nicht wohlwollend zur Kenntnis. Das beschlossen die Synodalen am Freitagabend nach einer intensiven Debatte über das Finanzplanungskonzept des Oberkirchenrates für die nächsten fünf Jahre. Oberkirchenrat Peter Stoll hatte in seiner Einbringungsrede dargelegt, dass der Oberkirchenrat voraussichtlich das gesetzte Sparziel für den nächsten Haushalt in Höhe von 16 Millionen Euro nicht einhalten könne, ohne die Kirchengemeinden heranzuziehen. In der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung wird deshalb vorgeschlagen, den Schlüssel für die Verteilung der Kirchensteuereinnahmen zu Lasten der Kirchengemeinden zu ändern. Bislang erhalten Landeskirche und Kirchengemeinden je 50 Prozent der Mittel. Wegen der schlechten Wirtschaftssituation und der damit verbundenen Mindereinnahmen war aber von dieser Regelung schon im letzten Haushalt abgewichen worden, jedoch unter der Zusage, es handle sich um eine befristete Maßnahme zur Überbrückung der schwierigen Finanzlage.

Die Kirchengemeinden bekamen von der Maßnahme aber direkt nichts zu spüren, da lediglich die Zahlung in die Ausgleichsrücklage der Kirchengemeinden um 2,8 Millionen Euro jährlich verringert wurde, während die Zahlungen an die Kirchengemeinden in der Höhe unverändert blieben. Auch die jetzt in Aussicht gestellte Änderung des Schlüssels würde zunächst nur die Kürzung der Zahlungen in die Ausgleichsrücklage bedeuten. Ab 2007 hätten die Gemeinden aber auch mit einem Prozent weniger Kirchensteuern bei den Zahlungen zu rechnen.

Oberkirchenrat Stoll betonte dass es sich bei der mittelfristigen Finanzplanung um eine Prognose handle, die auf die sich verändernde Bedingungen angepasst werden müsse. Die mittelfristige Finanzplanung zeige lediglich eine Richtung auf, schaffe aber keine bindenden Regeln für die zukünftigen Haushalte. Er bitte die Synode jedoch um wohlwollende Kenntnisnahme, da dies dem Oberkirchenrat bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs den

Rücken stärke.

Das wurde von den Synodalen jedoch anders gesehen. In mehreren Voten lehnten die Synodalen eine Umverteilung der Kirchensteuermittel zu Lasten der Kirchengemeinden ab. Die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses, Inge Scheider, (Lebendige Gemeinde), brachte einen Antrag ein, der den Oberkirchenrat verpflichten sollte, im Haushaltsentwurf für 2004 von vornherein auf eine Schlüsselverschiebung zu Lasten der Kirchengemeinden zu verzichten. Über den Antrag wurde jedoch nicht entschieden, er wurde mit knapper Mehrheit zur Beratung in den Finanzausschuss verwiesen.

Den Planungen des Oberkirchenrates zustimmen wollten die Synodalen jedoch auch nicht, weshalb sie mit großer Mehrheit, beschlossen, die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung nicht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Der mit der mittelfristigen Finanzplanung eingebrachte, entsprechende Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Weitere Informationen bei:
